



Berichtsentwurf des Europäischen Parlaments zur künftigen Strukturpolitik

Beibehaltung der Grundstruktur nach 2020, Verwaltungsstruktur auf allen Ebenen vereinfachen

Die Europaabgeordnete Kerstin Westphal (S&D) hat am 21.03.2017 den Entwurf eines Initiativberichts „über Bausteine für die Kohäsionspolitik der EU in der Zeit nach 2020“ dem Ausschuss für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments vorgelegt. Die bayerische Abgeordnete erinnert daran, dass 2013 – vor Beginn der laufenden Förderperiode - die Kohäsionspolitik der EU umfassend und in wesentlichen Punkten reformiert wurde. Die Grundsätze dieser Politik, so die Erwägung, sollen nach 2020 beibehalten und konsolidiert werden, damit „für Kontinuität, Rechtssicherheit, Zugänglichkeit und Transparenz“ gesorgt sei.

Lt. Berichtsentwurf der Abgeordneten Westphal haben die derzeitige Einteilung der Regionen, die thematischen Ziele und der Leistungsrahmen den Wert der Kohäsionspolitik deutlich gemacht. Durch kontinuierliche Maßnahmen sollen die Unterschiede der einzelnen Regionen Europas abgebaut werden. Die Weiterführung kohäsionspolitischer Fördermaßnahmen sei besonders für weniger entwickelte Regionen wichtig, aber auch stärkere Regionen oder so genannte Übergangsregionen müssten weiter europäische Strukturfördermittel erhalten.

Im Berichtsentwurf wird auf den Wert der Ex-ante-Konditionalitäten für eine effektive Umsetzung der Programmziele hingewiesen. Die Verfasserin, MdEP Westphal, hält es für geboten, die Verwaltungsstruktur der Kohäsionspolitik „auf allen Ebenen“ zu vereinfachen. Im Berichtsentwurf wird die Kommission aufgefordert, über „auf Proportionalität und Differenzierung beruhende Lösungen“ für die zahlreichen Prüfungsebenen und Kontrollen nachzudenken. Dem Berichtsentwurf zufolge sollen auch Überlegungen über eine vermehrte Harmonisierung der Kohäsions- und Wettbewerbspolitik (staatliche Beihilfen) sowie über Möglichkeiten einheitlicher Bestimmungen für alle Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) angestellt werden.

Die Kommission wird aufgefordert, für bessere Synergien zwischen den europäischen

Förderfonds zu sorgen sowie die Inanspruchnahme mehrerer Fonds zu erleichtern. Die Europaabgeordnete Westphal äußert in ihrem Berichtsentwurf die Auffassung, dass auch nach 2020 Zuschüsse die Grundlage für die Finanzierung der Kohäsionspolitik darstellen sollten. Finanzinstrumente wie Darlehen oder Beteiligungen sollten „nur mit Vorsicht“ eingesetzt werden und Zuschüsse ersetzen. Die Kommission wird in dem Entwurf ersucht, über die Ausarbeitung alternativer Indikatoren zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Basis für die Mittelzuweisung nachzudenken. Erwähnt werden in diesem Zusammenhang eine demografische Komponente sowie soziale und beschäftigungspolitische Aspekte. Im Berichtsentwurf wird außerdem die große Bedeutung von Ergebnisindikatoren hervorgehoben, „damit die Politik stärker auf Ergebnisse und Leistungen ausgerichtet ist.“

Als wichtige Politikbereiche für eine modernisierte Kohäsionspolitik nach 2020 werden im Berichtsentwurf u.a. die Schaffung von Beschäftigung, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, die Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit sowie die Förderung innovativer Wirtschaftssektoren genannt. Die Fonds sollen auch eingesetzt werden, um die Auswirkungen des demografischen Wandels anzugehen. Ferner wird mit Blick auf die Verpflichtungen des Pariser Klimaschutzabkommens auf die Förderung von Maßnahmen der kohlenstoffarmen Wirtschaft und erneuerbarer Energien hingewiesen. Die besondere Rolle der Städte und der Stadt-Land-Partnerschaften in der Kohäsionspolitik wird hervorgehoben. Die Mittel der Kohäsionspolitik sollen auch in der neuen Förderperiode für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen eingesetzt werden können.

Im abschließenden Teil ihres Entwurfs eines Initiativberichts stellt MdEP Westphal fest, dass der „Kern des derzeitigen legislativen Rahmens für die Kohäsionspolitik“ auch nach 2020 beibehalten werden soll. Allerdings sollte die Politik besser ausgearbeitet, leichter zugänglich und den Bürgern besser vermittelt

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



werden. Auch nach 2020 benötigt die Kohäsionspolitik nach Auffassung der Berichterstatterin Haushaltsmittel in angemessener Höhe, um der Bewältigung der komplexen innen- und außenpolitischen Herausforderungen Rechnung zu tragen.

Weiterführende Informationen:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bCOMPARL%2bPE-599.838%2b01%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE>

Verfahrensstand:

24.04.2017 Beratung im Ausschuss für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments - Annahme im Plenum vor der Sommerpause angestrebt

26./27.06.2017: Kohäsionsforum (Datum noch nicht offiziell bekannt gegeben)

Herbst 2017: Kohäsionsbericht der Kommission mit Überlegungen/Planungen für eine künftige Kohäsionspolitik

Ende 2017: Vorschlag der Kommission über den Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020

Frühjahr 2018: Vorschläge der Kommission über die Kohäsionspolitik nach 2020